

## Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 36. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 22. Juni 2017

### 1. Abgeordnete

**Dr. Anna Köbberling und  
Thomas Wansch (SPD)**

#### **Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen**

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs des Bundes und der Länder haben sich in der zweiten Hälfte des Jahres 2016 auf eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab dem Jahr 2020 verständigt. Die Umsetzung ist in Form von zwei Gesetzen erfolgt, die Anfang Juni 2017 von Bundestag und Bundesrat beschlossen wurden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die gefundene Einigung?
2. Wie bewertet die Landesregierung, dass der Bund künftig Investitionen finanzschwacher Kommunen in die Bildungsinfrastruktur mitfinanzieren darf?
3. Welcher Anteil der zusätzlich bereitgestellten 3,5 Milliarden Euro zur Sanierung der kommunalen Bildungsinfrastruktur entfällt auf die Kommunen in Rheinland-Pfalz?
4. Wie ist der Stand der Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Modalitäten für die Auswahl der geförderten Projekte und die Weitergabe der Mittel an die Kommunen?

### 2. Abgeordneter

**Dr. Christoph Gensch  
(CDU)**

#### **Forum für Impfgegner bei der Nacht der Nachhaltigkeit im Landesmuseum Mainz**

Nach aktueller Berichterstattung der Allgemeinen Zeitung Mainz vom 8. Juni 2017 hat die Landesregierung das Gesundheitsforum Mainz-Wiesbaden mit einem Infostand am Programm der Nacht der Nachhaltigkeit am 12. Juni 2017 beteiligt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen wurde das Gesundheitsforum Mainz-Wiesbaden angesichts der aus ihm vertretenen ablehnenden Einstellung zum Thema Impfen mit einem Infostand bei der Nacht der Nachhaltigkeit beteiligt?
2. Ist sich die Landesregierung dessen bewusst, dass jede Gelegenheit für Impfgegner, ihre Positionen öffentlich zu präsentieren, fatal für das Anliegen eines stärkeren Impfschutzes ist?
3. Was tut die Landesregierung, um eine Konterkarierung der Bemühungen um einen stärkeren Impfschutz zu vermeiden?
4. Wie glaubwürdig kann die Forderung der Gesundheitsministerin in ihrer Pressemeldung vom 21. April 2017, Impflücken zu schließen, vor dem Hintergrund der Beteiligung des Gesundheitsforums Mainz-Wiesbaden an der Nacht der Nachhaltigkeit sein?

**3. Abgeordneter**  
**Michael Frisch (AfD)**

**Studienabbrecher und Studierfähigkeit**

Wie der Spiegel am 1. Juni 2017 berichtete (Link: <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/studienabbrecher-wer-schmeisst-hin-und-warum-a-1150226.html>), verlässt beinahe jeder dritte Student die Universität ohne Abschluss. Und das trotz zahlreicher Unterstützungsangebote wie Brücken- oder Ferienkurse. Insbesondere in den MINT-Fächern ist die Zahl der Studienabbrecher hoch. Dies führt nicht nur zu vielen persönlichen Enttäuschungen bei den betroffenen jungen Menschen, sondern auch zu einem erheblichen, aber letztlich nicht zielführenden Ressourcenaufwand. Zudem häufen sich in den letzten Jahren an den Hochschulen Klagen über die mangelnde Studierfähigkeit der Erstsemester.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie hoch war – differenziert nach den zehn am häufigsten betroffenen Fächern – der Prozentsatz der Studienabbrecher in Rheinland-Pfalz in den ersten vier Semestern beziehungsweise im Laufe des Studiums insgesamt?
2. Wie hat sich die Zahl der Studienabbrecher in den letzten zehn Jahren entwickelt?
3. Mit welchen Maßnahmen versuchen die Hochschulen die Abbruchzahlen zu verringern?
4. Wie hoch waren die Studienkosten, die dem Land in den Jahren 2011 bis 2016 für jene Studenten entstanden sind, die die Hochschulen ohne Abschluss verlassen haben?

**4. Abgeordnete**  
**Marco Weber und**  
**Cornelia Willius-Senzer**  
**(FDP)**

**Frostschäden in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft**

Der Spätfrost in der zweiten Aprilhälfte hat in weiten Teilen von Rheinland-Pfalz zu erheblichen Schäden geführt. Betroffen sind neben Obstkulturen und Weinbergen auch Ackerkulturen. Insgesamt ist mit hohen Ernteverlusten und dadurch bedingten Einkommenseinbußen zu rechnen, sodass viele Betriebe unter erheblichem wirtschaftlichem Druck stehen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Liegen der Landesregierung seit April neue Erkenntnisse hinsichtlich der prognostizierbaren Schadenshöhe und der betroffenen Gebiete vor?
2. Wie verläuft das Verfahren der Schadensmeldung?
3. Welche Liquiditätshilfen und welche steuerlichen Maßnahmen sind vorgesehen, um die Betriebe bei der Sicherung der Liquidität nach Schadensereignissen zu unterstützen?
4. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um Obst- und Weinbauern sowie Landwirte in Zukunft vor solchen Ereignissen zu schützen?

**5. Abgeordnete**  
**Jutta Blatzheim-Roegler**  
**und Andreas Hartenfels**  
**(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Tag der Elektromobilität – klimaschonend unterwegs**

Bereits zum dritten Mal fand am Haus der Nachhaltigkeit am 6. Juni 2017 der von Landesforsten Rheinland-Pfalz und der Landesenergieagentur ausgerichtete „Tag der Elektromobilität“ statt.

Es ist erklärtes Ziel der Landesregierung, Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils von Fahrzeugen mit innovativen Antrieben aus regenerativen Energien sowohl im Individualverkehr als auch im ÖPNV in Rheinland-Pfalz zu unterstützen und zu ergreifen, um die Schadstoff- und Lärmimmissionen des motorisierten Straßenverkehrs deutlich zu senken.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Bilanz zieht die Landesregierung aus der Veranstaltung „Tag der Elektromobilität“ am 6. Juni 2017?
2. Welche Aufgabe wird die neu gegründete und bei der Energieagentur ansässige „Lotsenstelle für alternative Antriebe“ in Zukunft übernehmen?
3. Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um die Förderprogramme des Bundes zu bewerben?
4. Welche Beispiele für eine Sektorenkopplung gibt es aktuell in Rheinland-Pfalz?

**6. Abgeordnete****Matthias Lammert und  
Dirk Herber (CDU)****Durchführung der Schleierfahndung in Rheinland-Pfalz**

Der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz hat sich am Rande der Innenministerkonferenz in Dresden am 12. und 13. Juni 2017 in den Medien dahingehend geäußert, dass die Polizei in Rheinland-Pfalz bereits über die notwendigen Instrumente für die Durchführung einer Schleierfahndung verfüge. Solche Kontrollen könnten somit bereits jetzt durchgeführt werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass das rheinland-pfälzische Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG) eine Rechtsgrundlage für anlasslose Polizeikontrollen (Identitätsfeststellungen und Durchsuchung von Personen und Sachen), auch Schleierfahndung genannt, beinhaltet und falls ja, in welcher Vorschrift bzw. welchen Vorschriften?
2. Falls nein, ist die Landesregierung der Auffassung, dass von einer Schleierfahndung in Anbetracht terroristischer Bedrohungen vermehrt durch die Polizei Gebrauch gemacht und deshalb die Vorschriften des POG erweitert werden sollten?
3. Wie viele anlasslose Kontrollen (Identitätsfeststellung und Durchsuchung von Personen und Sachen) wurden im Jahr 2016 durch die rheinland-pfälzische Polizei auf welcher Rechtsgrundlage durchgeführt?
4. Sind der Landesregierung Fälle bekannt, in denen Kriminelle aufgrund fehlender Vorschriften zur anlasslosen Kontrolle in Rheinland-Pfalz nicht kontrolliert wurden und erst bei einer späteren Kontrolle in Nachbarbundesländern gefasst und verhaftet werden konnten?

**7. Abgeordnete****Bettina Brück und  
Astrid Schmitt (SPD)****Bund-Länder-Vereinbarung DigitalPakt Schule**

Auf der 358. Kultusministerkonferenz (KMK) am 1. Juni 2017 in Stuttgart haben die Länder Eckpunkte für eine Bund-Länder-Vereinbarung zur Unterstützung der Bildung in der digitalen Welt im Bereich der Schule (DigitalPakt Schule) vorgelegt. Diese Eckpunkte wurden in monatelangen intensiven Verhandlungen zwischen Bund und Ländern auf Ebene der Staatssekretäre ausverhandelt. Damit liegen nunmehr die Voraussetzungen dafür vor, dass die Schulen die vielfältigen digitalen Möglichkeiten effektiv für die Bildungs- und Erziehungsarbeit nutzen können. Im Rahmen der Gespräche hat der Bund rund 5 Milliarden Euro im Zeitraum von 2018 bis 2022 für den Ausbau der IT-Infrastruktur in den allgemeinbildenden Schulen, beruflichen Schulen und sonderpädagogischen Bildungseinrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft in Aussicht gestellt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Was wurde in dem verabschiedeten Eckpunktepapier vereinbart?
2. Welche weiteren Schritte sind nun vorgesehen?
3. Wie ist die KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ in die Digitalstrategie des Landes Rheinland-Pfalz eingebettet?
4. Welche Maßnahmen zur digitalen Bildung gibt es bereits in Rheinland-Pfalz?

**8. Abgeordneter****Dr. Timo Böhme (AfD)****Erhöhung der Vergütungssätze für berufliche Betreuer**

Der Bundestag hat in seiner Sitzung vom 18. Mai 2017 im Rahmen des Gesetzes zur Verbesserung der Beistandsmöglichkeiten unter Ehegatten und Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitsvorsorge u. a. eine Erhöhung der seit 2005 unveränderten Vergütungssätze für beruflich tätige Betreuer um 15 Prozent beschlossen. Am 7. Juli 2017 wird der Bundesrat darüber entscheiden, ob die Erhöhung noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt wird.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welchen Standpunkt vertritt die Landesregierung im Hinblick auf die für den 7. Juli 2017 im Bundesrat anstehende Entscheidung zur Anpassung der Vergütung für Berufsbetreuer?
2. Welche Gründe sprechen gegebenenfalls gegen oder für eine Anpassung der Vergütung?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Aussage des Berufsverbandes, dass die Anzahl der aktuell vergütungsfähigen Stunden pro betreuter Person für die Arbeit der Betreuer nicht ausreicht?
4. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass die gesetzlich vorgesehene Obergrenze von 50 Betreuungen pro Betreuer eingehalten wird?

**9. Abgeordnete**  
**Marco Weber und**  
**Steven Wink (FDP)**

### **Berufsorientierungscamps in überbetrieblichen Bildungsstätten in den Sommerferien 2017/2018**

Frühzeitige Berufsorientierung ist für junge Menschen ein wichtiger Schlüssel für einen erfolgreichen Wechsel von der Schule in eine Berufsausbildung. Im Juli 2016 hat Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing angekündigt, dass er ein Konzept erarbeiten werde, auf dessen Grundlage berufsorientierende Feriencamps basieren sollen. Mit dem Förderprojekt „Berufsorientierungscamps in überbetrieblichen Bildungsstätten in den Sommerferien 2017/2018“ hat die Landesregierung ein entsprechendes Konzept präsentiert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welches Ziel verfolgt die Landesregierung mit dem Förderprojekt „Berufsorientierungscamps in überbetrieblichen Bildungsstätten in den Sommerferien 2017/2018“?
2. In welchem finanziellen Rahmen fördert das Land Rheinland-Pfalz das Projekt?
3. Welche Anforderungen stellt das Land an mögliche Träger und deren Konzepte, um eine Förderung zu erhalten?
4. Wie hoch ist die Zahl der Projektträger, die sich bisher um die Förderung eines Berufsorientierungscamps in den Sommerferien 2017/2018 beworben haben?

**10. Abgeordneter**  
**Andreas Hartenfels**  
**(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Bauen mit Holz – ein Beitrag für mehr Klimaschutz**

Der Baustoff Holz hat eine hervorragende ökologische Bilanz und eine wichtige ökonomische Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz. Dies wurde bei der Veranstaltung „Bauen für den Klimaschutz“ im Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten am 7. Juni 2017 deutlich.

Um den Baustoff Holz mehr zu fördern, wurde in der letzten Legislaturperiode die Landesbauordnung zugunsten der Holzbauweise geändert. Im Koalitionsvertrag haben sich SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf verständigt, auch in der Industriebau-richtlinie Erleichterungen zugunsten der Holzbauweise zu schaffen.

Des Weiteren fördert die Landesregierung die länderübergreifende Zusammenarbeit im Bereich Ökoquartiere und energieeffizienter sozialer Wohnungsbau mit dem neuen Projekt GReNEFF. Das Projekt wird von der Landesenergieagentur gemeinsam mit Partnern aus der INTERREG-Großregion begleitet.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den Beitrag des Baustoffes Holz für den Klimaschutz?
2. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Verwendung des Baustoffes Holz zu fördern und populärer zu machen?
3. Welche Ziele verfolgt die Landesregierung mit dem Programm GReNEFF?
4. Welche Änderungen sind in der Industriebau-richtlinie erforderlich, um Erleichterungen zugunsten der Holzbauweise zu schaffen?

**11. Abgeordnete**  
**Adolf Kessel und**  
**Matthias Lammert (CDU)**

### **Einrichtung einer Taskforce zur Intensivierung der Abschiebungsbemühungen in Rheinland-Pfalz**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Erhofft sich die Landesregierung durch die Einrichtung der Taskforce eine Steigerung der Abschiebungszahlen?
2. Wenn die Landesregierung die Notwendigkeit der Intensivierung der Rückführungsbemühungen insbesondere von straffälligen Asylsuchenden ohne Bleibeperspektive sieht, von welcher Zahl ausreisepflichtiger, straffällig gewordener Asylsuchenden geht die Landesregierung aktuell aus?
3. Da Ministerin Spiegel gegenüber der Presse mitgeteilt hat, dass sie, wie bereits die Opposition vor mehreren Monaten, eine sehr unterschiedliche Rückführungspraxis in den Kreisen und kreisfreien Städten wahrnimmt, stellt sich die Frage, mit welchem Vollzugsdefizit die Landesregierung in Fragen der Rückführung rechnet?
4. Wieso lehnt die Landesregierung angesichts des zunehmenden landesseitigen Engagements zur Intensivierung der Rückführung weiterhin eine landesweite Zentralisierung der Rückführung, wie sie die CDU-Landtagsfraktion bereits in den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2017/2018 vorgeschlagen hat, ab?

**12. Abgeordnete**

**Daniel Schäffner,  
Jörg Denninghoff und  
Heijo Höfer (SPD)**

**Digital-Gipfel der Bundesregierung in Ludwigshafen**

Vergangene Woche fand der erste Digital-Gipfel der Bundesregierung in Ludwigshafen statt. Auf dem zweitägigen Gipfel kamen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung unter dem Motto „Vernetzt besser leben“ zusammen, um über verschiedene Aspekte der Digitalisierung zu reflektieren, diskutieren und so neue Potenziale zu erschließen. Zentrale Schwerpunkte des Gipfels waren zum einen die Intelligente Vernetzung in vielen unterschiedlichen Bereichen und zum anderen die Digitalisierung des Gesundheitswesens, auch bekannt unter E-Health.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Zusammenarbeit in der Metropolregion Rhein-Neckar?
2. Welche Schritte werden eingeleitet, um die Digitalisierung im Gesundheitswesen in Rheinland-Pfalz voranzutreiben?
3. Welche konkreten Ziele verfolgt die Landesregierung, um die Einschätzung von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Gipfel, dass Deutschland hinsichtlich der digitalen Transformation eine führende Rolle einnehmen könne, auch in Rheinland-Pfalz zu fördern?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Vernetzung des ländlichen Raums in Rheinland-Pfalz?

**13. Abgeordnete**

**Christian Baldauf und  
Gabriele Wieland (CDU)**

**Luftverkehrskonzept des Bundes – Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz**

Bundesverkehrsminister Dobrindt hat Anfang Mai 2017 ein neues Luftverkehrskonzept vorgestellt. Für Rheinland-Pfalz ist die Einbindung sowohl des Flughafens Frankfurt-Hahn als auch des Flughafens Frankfurt am Main von großer Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Abteilung in welchem Ministerium war in den vergangenen fünf Jahren, ist es derzeit und wird künftig für die Entwicklung in Fragen des Luftverkehrs bzw. seiner diesbezüglichen Standorte in Rheinland-Pfalz federführend zuständig sein – ressortübergreifende Zuständigkeiten ggf. bitte detailliert darlegen?
2. Inwieweit und mit welchen konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung künftig den Luftfahrtstandort Rheinland-Pfalz zu stärken?
3. Wie schätzt die Landesregierung die konkreten Auswirkungen des neuen Luftverkehrskonzeptes für den Flughafen Frankfurt-Hahn und, soweit bekannt, für den Flughafen Frankfurt am Main ein?

**14. Abgeordnete**

**Alexander Fuhr und  
Andreas Rahm (SPD)**

**Zweibrücken – Stadt am Wasser**

Zweibrücken ist „Stadt am Wasser“. Malu Dreyer und Ulrike Höfken haben Mitte Juni an der feierlichen Eröffnung teilgenommen. Das Projekt, von dem sowohl der Tourismus als auch die Natur und die Menschen vor Ort profitieren, wird vom Land gefördert. Neue Wege direkt zum Wasser, ein Wasserspielplatz und ein Kneippbecken sind nur einige der Angebote, die bereits realisiert wurden. Durch das Projekt wird die Stadtentwicklung in Zweibrücken positiv beeinflusst.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welchen Beitrag hat die Landesregierung zu dem Projekt Zweibrücken „Stadt am Wasser“ geleistet?
2. Wie beurteilt die Landesregierung das Projekt Zweibrücken „Stadt am Wasser“ und gibt es vergleichbare Projekte in Rheinland-Pfalz?
3. Welche Besonderheiten beinhaltet das Projekt Zweibrücken „Stadt am Wasser“?

**15. Abgeordneter  
Christian Baldauf (CDU)****Erneuerung der A 6 zwischen dem Autobahnkreuz Frankenthal und der Anschlussstelle Frankenthal**

Die A 6 soll zwischen dem Autobahnkreuz Frankenthal und der Anschlussstelle Frankenthal laut Pressemeldung des LBM voraussichtlich ab dem 8. Juni 2017 erneuert werden.

Im April dieses Jahres starteten darüber hinaus auch die umfangreichen Sanierungsmaßnahmen der A 6 zwischen der Rheinbrücke (Theodor-Heuss-Brücke) bei Frankenthal und der Anschlussstelle Mannheim-Sandhofen.

Die zeitgleiche Durchführung beider Baumaßnahmen würde einen unzumutbaren Zustand für alle Verkehrsteilnehmer, die bereits jetzt lange Wartezeiten hinnehmen müssen, darstellen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wurde bei der Planung der bevorstehenden Maßnahme berücksichtigt, dass innerhalb einer sehr geringen Distanz bereits die umfangreiche Sanierung der A 6 zwischen der Rheinbrücke bei Frankenthal und der Anschlussstelle Mannheim-Sandhofen stattfindet?
2. Wie schätzt die Landesregierung die Verkehrsbehinderungen und Wartezeiten für die Verkehrsteilnehmer bei zeitgleicher Durchführung ein?
3. Sind Umleitungen geplant, sodass die Verkehrsteilnehmer weitere lange Wartezeiten in Staus verhindern können? Falls ja, welche Alternativrouten sind vorgesehen?
4. Besteht die Möglichkeit, die geplante Erneuerung zeitlich zu verschieben, sodass der doppelten Belastung durch die bereits begonnene Maßnahme entgegengewirkt werden kann?

**16. Abgeordnete  
Pia Schellhammer  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Aufhebung des Transsexuellengesetzes**

Am 2. Juni 2017 hat der Bundesrat eine Initiative des Landes Rheinland-Pfalz beschlossen, die die Aufhebung des Transsexuellengesetzes und stattdessen die Erarbeitung eines Gesetzes zur Anerkennung der Geschlechtsidentität und zum Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung fordert.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Warum ist nach Ansicht der Landesregierung und des Bundesrates das seit 1981 bestehende Transsexuellengesetz nicht mehr zeitgemäß?
2. Welche Aspekte sollte nach Auffassung der Landesregierung ein modernes Gesetz zur Anerkennung der Geschlechtsidentität und zum Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung berücksichtigen?
3. Welche Erkenntnisse hat die seit 2014 tagende interministerielle Arbeitsgruppe der Bundesregierung zum Schwerpunkt „Inter- und Transsexualität“ für den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ gebracht?
4. Wie will die Landesregierung die gesellschaftliche Akzeptanz von transidenten und intersexuellen Menschen fördern und ihre Lebenssituation verbessern?

**17. Abgeordneter**  
**Michael Wäschenbach**  
**(CDU)**

**Aktuelle Entwicklungen beim Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK)**

Laut Presseberichten hat sich der MDK von der Vorsitzenden des Personalrates getrennt, man hat sich außergerichtlich geeinigt. Immer wieder wird über die anderen anhängigen Prozesse berichtet.

In einer gutachtlichen Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes vom 27. Juli 2015 heißt es auf Seite 9 ergänzend: „Uneingeschränkter Überprüfung unterliegen schließlich die gesamten Verwaltungskosten einschließlich der zugrunde liegenden privatrechtlichen Verträge und Vereinbarungen.“

Daher frage ich die Landesregierung:

1. Wurde die aus Versichertengeldern gezahlte Abfindung der außergerichtlichen Einigung mit der Personalratsvorsitzenden im Vorfeld mit der Rechtsaufsicht (dem Ministerium) abgesprochen und hat das Ministerium die Summe für angemessen bewertet?
2. Wie bewertet das Ministerium die o. g. Abfindungszahlung im Hinblick darauf, dass sie aus Versichertengeldern gezahlt wurde?
3. Welche Kosten sind für Kündigungen seit der Kündigung des ehemaligen Geschäftsführers Zieres bisher entstanden und der Rechtsaufsicht bekannt?
4. Welche Erfolge zur Beendigung der schweren Zerwürfnisse beim MDK konnte der neue zweite Geschäftsführer in Zusammenarbeit mit der ärztlichen Leiterin und dem neuen Krisenmanager bisher erreichen und ist insbesondere ein Vergleich mit dem gekündigten Geschäftsführer zu erwarten?

**18. Abgeordnete**  
**Jens Guth und**  
**Nina Klinkel (SPD)**

**Haltung von Wildtieren in Zirkussen**

Anfang Juni 2017 griff auch die Süddeutsche Zeitung den schon länger schwelenden Konflikt zwischen Tierschützern und Zirkusbetreibern auf. Denn immer mehr Städte in Deutschland erlassen Wildtierverbote, um einer zunehmenden gesellschaftlichen Sensibilisierung für den Tierschutz Rechnung zu tragen. Auch in rheinland-pfälzischen Städten wird aktuell die Problematik diskutiert.

Einer Erhebung des Bundesministeriums für Landwirtschaft und Ernährung zufolge lebten im Jahr 2012 1 400 Tiere in deutschen Zirkussen. Darunter befanden sich im – nach wie vor aktuellsten – Erhebungszeitraum mindestens 900 nicht domestizierte Wildtiere wie Elefanten, Großbären oder Affen. Rheinland-Pfalz hatte sich zuletzt 2016 einer Bundesratsinitiative angeschlossen, die zum Ziel hatte, das Halten solcher Tierarten in reisenden Zirkusbetrieben bundesweit aus Gründen des Tierschutzes zu unterbinden. Ein solches bundesweites Verbot ist bislang ausgeblieben.

Zwischenzeitlich haben deutschland- und landesweit viele Kommunen ihrerseits gehandelt und die Haltung von Wildtieren in reisenden Zirkussen auf dem Gebiet ihrer Kommune generell ausgeschlossen. Hiergegen hat es immer wieder Klagen von Betreiberinnen und Betreibern gegeben, die erfolgreich eine Nutzungsüberlassung von öffentlichen Flächen erreicht haben.

Zuletzt hatte etwa das OVG Niedersachsen in einer Entscheidung vom 2. März 2017 (10 ME 4/17) ausgeführt, dass Kommunen aufgrund der bundesgesetzlichen Rechtslage ein generell abstraktes Verbot der Wildtierhaltung rechtlich nicht möglich sei.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie ist die Haltung der Landesregierung zur Haltung von Wildtieren insbesondere in reisenden Zirkussen?
2. Wie ist der Stand der angesprochenen Bundesratsinitiative?
3. Wie häufig werden Zirkusunternehmen überwacht, welche Mängel wurden in den letzten zwei Jahren festgestellt und wie wurden die Mängel abgestellt?

